



Unitymedia GmbH | Aachener Straße 746-750 | 50933 Köln

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
– Referat 111 –

Ansprechpartner: Dr. Wolf Osthaus
Abteilung: Regulatory & Public Policy
Direktwahl: +49 (0) 221 8462 1040
Fax: +49 (0) 221 8462 5960
E-Mail: wolf.osthaus@unitymedia.de

Versand nur per Email: 111-postfach@bnetza.de

26. April 2017

Seite 1/9

Konsultation zu Fragen der Entgeltregulierung bei FttH/B-basierten Vorleistungsprodukten mit Blick auf den Ausbau hochleistungsfähiger Glasfaserinfrastrukturen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit, zu o.g. Konsultation beizutragen. Wir begrüßen, dass den Herausforderungen des Breitbandausbaus auch auf der Ebene der Regulierung angemessen Rechnung getragen werden soll. Die konsultierten Überlegungen sind aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch sind aus unserer Sicht einige Rahmenbedingungen einzuhalten, um Verzerrungen des über Jahre hinweg aufgebauten Wettbewerbs zu vermeiden und private Investitionen nicht zu unterbinden bzw. zu entwerten.

Dabei erscheint uns die zugrundeliegende Zielsetzung, die Attraktivität von Investitionen in Glasfaser- bzw. Gigabit-Netze durch eine Absenkung des Regulierungsniveaus zu erhöhen, nachvollziehbar und unterstützenswert.

Unitymedia bzw. unser Konzernmutter Liberty Global haben selbst über die vergangenen Jahre viele Milliarden Euro in die Aufrüstung und den Ausbau der eigenen Hochgeschwindigkeitsnetze investiert. Diese Investitionen haben wir zuletzt sogar noch einmal intensiviert und dabei insbesondere unsere Aktivitäten zum Aufbau ganz neuer Netze – nachdem die Aufrüstung bestehender Netze für die bidirektionale Nutzung weitestgehend abgeschlossen ist – deutlich verstärkt. Wir gehören damit in unserem Verbreitungsgebiet inzwischen zu den maßgeblichen Investoren in neue Gigabit-Netze, gerade auch in ländlichen Regionen. Diese Netze sind meist auch als reine Glasfasernetze ausgestaltet, nicht jedoch ausschließlich, da dies im Einzelfall von den jeweiligen lokalen Gegebenheiten und der Anbindung an unsere bestehenden Netze abhängig sein kann. Unabhängig von der verwendeten Technologie entstehen aber in jedem Fall Netze mit einer vergleichbar hohen Leistungsfähigkeit, da anerkanntermaßen auch hybride Glasfaser-Coaxial („HFC“)-Netze vergleichbare Leistungsparameter

Unitymedia GmbH | Aachener Str. 746-750 | 50933 Köln

Postanschrift: Kunden-Service-Center | Postfach 10 02 01 | 44702 Bochum

Handelsregister: Amtsgericht Köln | HRB 68501 | Sitz der Gesellschaft: Köln | USt-ID DE 113 858 328

Geschäftsführung: Lutz Schüller (Vorsitzender) | Dr. Herbert Leifker | Winfried Rapp

www.unitymedia.de

in Bezug auf Gigabit-Bandbreiten und auch andere Qualitätsparameter erzielen wie reine Glasfasernetze (und zumal FttB-Netze).

Mit diesen Investitionen gehen wir in eine massive Vorleistung, überwiegend dabei am Kapitalmarkt fremdfinanziert, da eine Amortisation der Investition auch bei Erreichen einer bestimmten Vorvermarktungsschwelle einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nimmt. Daher sind verlässliche Rahmenbedingungen über einen langen Zeitraum, in dem wir in der Lage sind, unsere Investitionen wie geplant zu amortisieren, von zentraler Bedeutung, um diese Investitionen aufrechtzuerhalten und auch weiter ausbauen zu können.

Es ist dieser Hintergrund, der uns die nun doch nur sehr punktuellen Erwägungen dieser Konsultation zu einer Veränderung im Regulierungsregime auch mit Sorge sehen lässt, nicht zuletzt, weil allein zu einem „Wie“ der Regulierung Überlegungen angestellt werden, das „Ob“ aber bewusst offengelassen wird und vor allem Fragen des Anwendungsbereichs, der durch die konkrete sachliche und regionale Marktabgrenzung bestimmt wird, komplett ungeklärt bleiben. Insbesondere erscheint die Frage, wie ein mit neuen Ansätzen anzugehender Markt vom bisherigen Anschlussmarkt abzugrenzen wäre (technologie- oder leistungsabhängig, unter Einbeziehung bestehender Infrastrukturen oder nur neu zu errichtender Netze etc.), noch vollkommen offen; die anscheinende Bezugnahme auf einen reinen „Glasfasermarkt“ betrachten wir als nicht entschieden, zumal die Rechtfertigung für eine solche Abgrenzung (nicht zuletzt auch mit Blick auf das Gebot der Technologieneutralität) sehr fragwürdig erscheint. Diese zahlreichen Unwägbarkeiten im Gesamtbild erschweren eine konkrete Stellungnahme zu den im Einzelnen aufgeworfenen Fragen und damit zu den möglichen Folgen der angedachten Veränderungen auf den Markt und vor allem auf die Investitionsfähigkeit und –bereitschaft von uns und anderen Marktteilnehmern erheblich.

Wir möchten uns daher im Folgenden auf einige Erwägungen konzentrieren, die uns im Rahmen der zur Diskussion gestellten Überlegungen besonders relevant erscheinen.

I. Einordnung von Glasfaserinfrastrukturen in die regulierten Märkte

Das Konsultationsdokument geht nicht der Frage nach, ob die angestrebte Entgeltregulierung im Rahmen der bisherigen Marktabgrenzungen erfolgen kann, also bei Aufrechterhaltung eines einheitlichen technologieneutralen Marktes, der alle Anschlusstechnologien umfasst, oder ob sich insoweit regulatorisch eigene Märkte mit eigenen Regeln herausbilden werden. Es kündigt insoweit lediglich an, dass sich die Bundesnetzagentur mit der grundsätzlichen Frage befassen wolle, „ob Zugangsdienste, die über eine neu aufgebaute Technologie, wie reine Glasfaseranschlüsse, bereitgestellt werden, überhaupt Gegenstand von Regulierung sein müssen oder nicht. Das hierfür gesetzlich vorgesehene Markt-analyseverfahren wird bereits vorbereitet und zügig vorangetrieben; dabei wird ins-

besondere auch die Frage nach einer differenzierten regionalen Betrachtung eine Rolle spielen.“ Diese Ankündigung bedeutet naturgemäß ein erhebliches Maß an Unsicherheit für die Beurteilung der möglichen Folgen eines veränderten „Wie“ der Regulierung.

Aus unserer Sicht ist es daher für die Beantwortung der Frage nach der richtigen Entgeltregulierung (das „Wie“) essenziell, die Frage nach der Regulierung überhaupt (das „Ob“) richtig zu beantworten. Die richtige Entgeltregulierung wird nicht nur durch die Marktstrukturen bestimmt, sondern wirkt ihrerseits auch auf die weitere Entwicklung der regulierten Märkte zurück. Nur mit den richtigen Antworten auf das Ob kann das Wie vernünftig entschieden werden – und umgekehrt.

Glasfaseranschlüsse werden heute – je nach Technologie – den von Kupferdoppeladernetzen dominierten Märkten 3a und 3b zugeordnet und damit grundsätzlich einer Regulierung, insbesondere Zugangsansprüchen, unterworfen. Die relevanten Märkte sind mit wenigen Ausnahmen national. Da jedoch derzeit keine relevante Nachfrage nach entsprechenden Zugangsprodukten besteht, sind Entgelte für diesen Zugang nicht reguliert.

Es ist nach unserem Dafürhalten grundsätzlich davon auszugehen, dass diese Zuordnung auch weiterhin Bestand haben wird. Trotz der gegenüber Kupferdoppeladernetzen deutlich besseren Leistungsdaten sind Glasfasernetze lediglich eine technische Evolution, keine Revolution. Sie stellen insoweit keine „Klasse für sich“ dar, sondern bieten auch mittelfristig lediglich die Dienste, die andere Breitbandanschlüsse auch zur Verfügung stellen. Auch muss davon ausgegangen werden, dass langfristig andere, wiederum bessere Technologien zur Verfügung stehen werden, die die gleichen Dienste zu noch besseren Bedingungen anbieten werden.

In ihren aktuellen Analysen der Märkte 3a/b hat die Bundesnetzagentur detailliert herausgearbeitet, dass die über Glasfasernetze angebotenen Leistungen mit denen anderer Technologien aus Endkundensicht ohne weiteres vergleich- und austauschbar sind. Glasfasernetze sind also ein Substitut zu Kupferdoppelader- und insbesondere zu Breitbandkabelnetzen. Gerade die hybriden Glasfaser-Coaxial-Netze (HFC) der Breitbandkabelanbieter zeigen, dass eine klare, kategorielle Trennung zwischen verschiedenen Anschlusstechnologien schwer zu begründen ist. Die Leistungsparameter der verschiedenen Netztechnologien zueinander sind gerade bei den gigabitfähigen Infrastrukturen nah beieinander, so dass die Abgrenzung eines sachlich eigenen Marktes, wenn überhaupt, wohl nur anhand solcher abstrakt definierter Leistungsparameter – und damit unter Wahrung des Gebots der Technologieneutralität – möglich wäre, wobei sich diese wiederum an tatsächlichen Bedarfsszenarien orientieren müssten, nicht an abstrakt und damit willkürlich gewählten Abgrenzungswerten.

Nach unserer bisherigen Einschätzung wird allerdings hinsichtlich dieser Einordnung einer grundsätzlichen Substituierbarkeit auch mittelfristig keine Änderung eintreten, auch nicht durch den stetig steigenden Bandbreitenbedarf.

Die in den vergangenen Jahren errichteten Glasfasernetze haben auch aus Sicht der Kunden keine völlig neuen Möglichkeiten eröffnet, sondern lediglich mehr Bandbreite zu vergleichbaren Preisen geliefert. Es ist heute nicht ersichtlich, dass in den nächsten Jahren kurzfristig Dienste aufkommen könnten, die nur auf Glasfasernetzen oder vergleichbar leistungsfähigen Technologien abgebildet werden können. Es ist zwar abzusehen, dass der Spitzenbedarf an Bandbreiten zu gegebener Zeit – trotz technischer Weiterentwicklungen – von den überkommenen Kupferdoppeladernetzen nicht mehr befriedigt werden kann. Bis zur Ablösung dieser veraltenden Technologie durch modernere aber wird sich der Bedarf an Bandbreiten und Qualität eher kontinuierlich erhöhen. Gleichmaßen wird die Entwicklung anderer verfügbarer Netztechnologien – insbesondere der Breitbandkabelnetze – mit der Nachfrage Schritt halten und so für einen kontinuierlichen Übergang auf Gigabit-Netze unter Beibehaltung der heutigen Wettbewerbshomogenität sorgen.

II. Entwicklung der räumlichen Marktabgrenzung

Die größte Gefahr für das Fortbestehen des erreichten Wettbewerbsniveaus droht aus unserer Sicht durch verfehlte Regulierungsansätze, welche die Bildung regionaler oder gar lokaler Märkte befördern. Insbesondere die Entgeltregulierung kann – falsch angewendet – die erreichte Homogenität der Wettbewerbslandschaft auf dem nationalen Markt nachhaltig beschädigen. Dabei ist die in Deutschland positiv ausgeprägte Wettbewerbslandschaft gerade getrieben von dem Nebeneinander mehrerer starker nationaler oder zumindest über große Gebiete tätige Unternehmen mit entsprechendem Skalierungspotenzial und hinreichender Resilienz gegen Marktschwankungen, die so zu wesentlichen Säulen eines nachhaltigen Wettbewerbs werden. Diese möglichst homogene Wettbewerbslandschaft gilt es auch regulatorisch bestmöglich zu schützen. Denn im Gegensatz dazu würde eine kleinteilige Berücksichtigung lokaler Kostenunterschiede beim Netzwerkausbau, die im Konsultationspapier an mehreren Stellen deutlich anklingt, durch ihren Einfluss auf Endkundenpreise, aber auch durch die Förderung lokaler oder regionaler Betreiber, diese Homogenität in Gefahr bringen und hätte damit einen klar negativen Effekt.

Die Regulierungsziele, wie sie in § 2 Abs. 2 TKG niedergelegt sind, erfordern Regulierungskonzepte, welche Wettbewerb und Investitionen fördern, aber auch die Konsumentenwohlfahrt erhöhen. Insofern wäre es kontraproduktiv, die heute weitgehend bestehende Homogenität der Wettbewerbsbedingungen infrage zu stellen. Kleinteilige Märkte weisen eher Strukturen auf, die Monopolbildung und vergleichbare Wettbewerbsprobleme fördern, erfordern also eher regulatorische Interventionen als große Märkte. Umgekehrt sind große Märkte eher in der Lage, die Kräfte des Wettbewerbs zu Gunsten von Effizienz, Innovation und Investitionsbereitschaft zu entfesseln und regulatorische Eingriffe überflüssig zu machen. Selbst in einzelnen Gegenden, in denen aufgrund struktureller Bedingungen der Wettbewerb weniger ausgeprägt ist, wirken dabei die Kräfte des Wettbewerbs im Gesamtmarkt, etwa durch ein gemäßigtes Endkundenpreinsniveau, weil für die großflächig aufgestellten Marktakteure

die Vorteile eines in der Fläche einheitlichen Marktauftritts die potenziellen Vorteile der Ausnutzung der schwachen Wettbewerbssituation in Einzelregionen überwiegen. Benachteiligt von regionalen oder gar lokalen Märkten wären daher insbesondere Endnutzer in ländlichen, heute noch wenig erschlossenen Gegenden. Diese würden genau die Kostennachteile, welche heute den Netzausbau behindern, in Preisniveau und Qualität spüren und dadurch ungleich schlechter gestellt als Endnutzer in Städten und anderen leicht erschließbaren Regionen.

Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, den gesamten Regulierungsansatz konsequent daran zu orientieren, dass einer Zersplitterung von Märkten kein Vorschub geleistet wird. Für Marktanalyse und -definition bedeutet dies, dass alle Regulierungsprinzipien einheitlich anzuwenden sind und einzelne Technologien oder Netze auch dann nicht anders behandelt werden, wenn dies einer Investitionsentscheidung im Einzelfall zuträglich sein mag.

III. Entgeltregulierung

Hinsichtlich der Entgeltregulierung teilen wir im Wesentlichen die Überlegungen der Bundesnetzagentur bezüglich der sich auftuenden Prognoseunsicherheiten. Aus unserer Sicht erscheint es tatsächlich wenig sinnvoll, die hergebrachten Kostenberechnungen auf neu zu errichtende (Glasfaser-)Netze zu übertragen, weswegen der „Nachbildbarkeitsansatz“ die wohl sinnvollste Herangehensweise darstellt. Wie nachstehend noch auszuführen sein wird, sehen wir allerdings die Notwendigkeit gewisser Einschränkungen und Anpassungen. Dazu gehört nicht zuletzt, dass – wovon wir ausgehen – die Anwendbarkeit dieser Regulierung unverändert an das – kritisch zu prüfende – Vorliegen von beträchtlicher Marktmacht beschränkt bleibt.

Wir halten es dabei indes nicht für angezeigt, diesen Paradigmenwechsel allein auf Glasfasernetze oder neu zu errichtende Infrastrukturen zu beschränken. Diese Netze werden sich auf mittlere Sicht wie vorstehend ausgeführt nicht unabhängig von anderen Technologien betrachten lassen, sondern im Wettbewerb mit diesen stehen. Einseitige regulatorische Erleichterungen würden diesen Wettbewerb verzerren und nachhaltig beschädigen.

Es erscheint deshalb angeraten, die Feststellung von Hemmnissen für fortschreitende Investitionen in die dringende benötigten TK-Infrastrukturen als Gelegenheit dafür zu nutzen, insgesamt zu prüfen, ob die Zeit für einen grundsätzlichen Schwenk in der sektorspezifischen Regulierung gekommen ist und deshalb – im Rahmen der vom aktuellen Rechtsrahmen bestehenden Möglichkeiten – zu einer Rückführung der Regulierungsintensität zu kommen. Dies wäre ein erster Schritt auf dem Weg zu dem strukturell ja immer noch angelegten kompletten Ausstieg aus einer sektorspezifischen Regulierung.

1. Kostenorientierte Entgeltregulierung

Die Fortführung der bisherigen Ansätze, wonach der Vorleistungspreis den langfristigen Kosten der Zugangsgewährung (KeL) entsprechen müsste, halten wir aus den im Konsultationspapier dargelegten Gründen für wenig erfolgversprechend.

In der Tat lassen sich gerade bei neu errichteten Netzen in „schwierigen“ Gebieten die wesentlichen Rahmenparameter der Kostenkalkulation wie Auslastung, Zahlungsbereitschaft, Lebensdauer und Errichtungskosten kaum verlässlich prognostizieren. Das Risiko, durch fehlerhafte Annahmen den Wettbewerb zu schädigen und Investitionen zu frustrieren bzw. zu hindern, ist erheblich.

2. Beschränkung auf Transparenzverpflichtungen

Eine Beschränkung der Regulierung auf die bloße Auferlegung von Transparenz- und Nichtdiskriminierungspflichten halten wir zum gegebenen Zeitpunkt noch für wenig erfolgversprechend.

Abgesehen davon, dass eine effektive Umsetzung nur schwer durchzuführen und noch schwieriger zu kontrollieren sein wird, besteht aus Sicht der Unitymedia die große Gefahr, dass auf diese Weise regionale oder lokale Netzmonopole gebildet würden, die nur schwer anzugreifen wären und an weiteren Investitionen und Innovationen kein Interesse mehr haben. Eine solche Zementierung der Verhältnisse ist weder dem Wettbewerb an sich noch der Zukunftsfähigkeit der Breitbandnetze zuträglich. Insbesondere muss davor gewarnt werden anzunehmen, dass mit der Errichtung von Glasfasernetzen kein Bedarf an weiteren Innovationen und Investitionen mehr bestünde. Technologische Entwicklungen wird es auch weiterhin geben und es erscheint wenig ratsam, diese Entwicklungen erneut nur verzögert nachzuvollziehen. Dass es gerade in einem technologisch wie wirtschaftlich so dynamischen Markt wie der Telekommunikation so etwas wie einen „technologischen Endzustand“ geben sollte, der nur einmal erreicht werden muss, erscheint ausgesprochen fragwürdig.

Diese drohenden Monopolstellungen machen aber auch eine effektive Entgeltregulierung schwierig. Während eine Zugangsregulierung sich von selbst erledigen würde, kennt das Modell gerade keine immanenten begrenzenden Faktoren für Zugangspreise, würde sich vielmehr in eine nicht wettbewerbsförderliche Richtung entwickeln.

Unter unregulierten Bedingungen stellt sich nämlich eine Art Bieterwettbewerb um einzelne Anschlüsse ein, den der jeweils Meistbietende gewinnt, da es sich um die Zuteilung einer knappen und nicht replizierbaren Ressource handelt. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist es zwar begrüßenswert, dass dieser Meistbietende in aller Regel auch der effizienteste Anbieter ist. Allerdings ist Ankerpunkt der Preisbildung damit das Endkundenpreisniveau, so dass der Markt dazu tendieren wird, die Zahlungsbereitschaft im Endkundenmarkt maximal auszuschöpfen, während der Effizienzdruck auf die Anbie-

ter auf dem Endkundenmarkt maximiert wird. Für den Netzbetreiber hingegen besteht keinerlei Effizienzdruck; vielmehr gestattet das Modell eine Maximierung der Vorleistungspreise zu Lasten von Vorleistungsnachfragern und Endkunden.

3. Nachbildbarkeitsansatz

Der Nachbildbarkeitsansatz erscheint daher unter den aktuellen Marktgegebenheiten als das geeignetste Regulierungsmodell, da er die Prognoseunsicherheiten vermeidet. Zusätzlich hat er noch den Vorteil, bei richtiger Bestimmung der Abschläge vom Endkundenpreis einen starken Effizienzdruck auf den marktbeherrschenden Vorleistungsnehmer auszuüben, der gesamtwirtschaftlich und aus Endkundensicht wünschenswert ist.

Zu Recht sieht das Konsultationspapier aber auch das hauptsächliche Problem dieses Ansatzes darin, dass das vorleistende Unternehmen mit hohen Endkundenpreisen automatisch auch hohe Vorleistungspreise und somit auf beiden Märkten hohe Gewinne erzielen kann. Außerdem wird der Effizienzdruck für das vorleistende Unternehmen dadurch begrenzt, dass es sich auch mehr und mehr auf lukrative Vorleistungen beschränken kann.

Der regulatorische Ankerpunkt für die Entgeltkontrolle müssen daher in der Tat die Endkundenpreise sein. Wie deren Kontrolle allerdings sinnvoll möglich sein soll, ist dem Konsultationspapier nicht richtig zu entnehmen. Eine Bindung an angemessene Vorleistungskosten verbietet sich schließlich, weil diese gerade nicht verlässlich zu ermitteln sind.

Ob eine Angemessenheitsprüfung auf der Basis von Prognosen und geschätzten Kosten möglich ist, darf auch bezweifelt werden. Da Kostenschätzungen schon aus rechtlichen Gründen immer so ausfallen müssen, dass sie die tatsächlichen Kosten in keinem Fall unterschreiten, besteht auch hier die Gefahr, dass Preise zu hoch angesetzt werden und damit der Konsumentenwohlfahrt abträglich sind.

Sinnvoller erscheint daher die Vorstellung, durch Vergleiche mit anderen Zugangstechnologien ein angemessenes Endkundenpreisniveau zu ermitteln. Allerdings können diese bekannten Preise nur dann sinnvoll auf neu zu errichtende Netze übertragen werden, wenn und soweit ein einheitlicher, homogener Markt auf Endkundenebene besteht und gesichert werden soll. Wie bereits ausgeführt, ist eine solche Wettbewerbshomogenität heute im Wesentlichen festzustellen und sollte auch das Zielbild der Entgeltregulierung darstellen. Damit zeigt sich allerdings ein weiteres Mal, wie eng die Frage des „Wie“ der Regulierung mit dem „Ob“ bzw. mit der Ausgestaltung der Marktabgrenzung in sachliche rund auch in regionaler Hinsicht verwoben ist.

Unbeantwortet bliebe indes noch die Frage, wie Investitionen in Gebieten mit ungünstigeren Kostenstrukturen durch die Entgeltregulierung befördert werden könnten. Hierfür bieten sich aus Sicht der

Unitymedia zwei regulatorische Wege an: Zum einen wäre es möglich, eine – geringfügige – allgemeine Erhöhung des Endkundenpreisniveaus in Kauf zu nehmen, um Investitionen lohnenswert zu machen. Zum anderen könnten für Fälle ungünstigerer Kostenstrukturen Vergleichsfälle ermittelt und entsprechend angewendet werden. Vorzugswürdig von diesen beiden Ansätzen wäre aus unserer Sicht sicherlich die erste Variante, da sie alle Marktbeteiligten – eben auch die Endkunden – gleichmäßig angemessen an den Kosten des Breitbandausbaus beteiligt, ohne den Wettbewerb zu verzerren. Letztere Variante hingegen setzt gerade voraus, dass sich Vergleichsfälle finden lassen (also Regionen mit höheren Ausbaukosten aber dennoch wettbewerblich gebildeten Endkundenpreisen) – diese Fälle sollen aber gerade erst herbeigeführt werden, so dass es sich eher um einen Ansatz für die Zukunft handeln dürfte. Sein größter Nachteil besteht jedoch darin, dass er regionale und lokale Besonderheiten abbildet und damit zu einer wie ausgeführt gerade nicht erstrebenswerten Zersplitterung der Märkte beiträgt.

Letztlich zeigt sich aber hier deutlich der Zielkonflikt der Regulierung, die das Ziel hat, sich durch Herbeiführung nachhaltigen Wettbewerbs überflüssig zu machen, und dabei trotzdem für Innovationen und Investitionen zu günstigen Preisen zu sorgen. Dieser Konflikt ist nach unserem Dafürhalten nicht allein durch Regulierung aufzulösen. Vielmehr müssen die ureigenen Kräfte des Wettbewerbs gezielt gestärkt werden. Dies wiederum kann nur heißen, dass es Ziel eines zukunftsgerichteten Regulierungsansatzes sein muss, für einen möglichst flächendeckenden Infrastrukturwettbewerb zu sorgen, der seinerseits mäßigenden Einfluss auf die Endkundenpreise ausübt. Auf diese Weise wird ein Ausbrechen der Endkundenpreise nach oben verhindert, so dass nicht nur der Dienstewettbewerb der Vorleistungsnachfrager, sondern auch der Vorleistungsgeber selbst einem gesunden Effizienz-, Innovations- und Investitionsdruck unterliegt.

Die Schaffung von ausreichendem Infrastrukturwettbewerb wiederum wird nur gelingen, wenn die Investitionsbedingungen hinreichend klar, verlässlich und tragfähig sind. Für die Frage der Entgeltregulierung bietet sich also der oben skizzierte erste Weg an, auch insoweit eine angemessene Beteiligung der Endkunden an den Kosten des Breitbandausbaus in Kauf zu nehmen. All dies muss aber zwingend in einem langfristig stabilen und verlässlichen rechtlich-regulatorischen Umfeld abgesichert werden, so dass entsprechende Konzeptfestlegungen unumgänglich sind.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass der Nachbildbarkeitsansatz eine besonders klare Definition und Abgrenzung des zu einem Vorleistungsprodukt jeweils zugehörigen Endkundenprodukts erfordert. Die größte Gefahr besteht hier darin, dass Vorleistungsprodukte für das Angebot von Endkundenprodukten, die andere Nutzungscharakteristiken aufweisen, genutzt werden und so der Markt verzerrt wird. Schon heute differenzieren sich Wettbewerb auf dem Endkundenmarkt zunehmend durch unterschiedlichste Bündelangebote. Zu erwarten ist, dass dieser Trend zunimmt und dabei insbesondere bandbreitenintensive OTT-Dienste eine wachsende Bedeutung erhalten. Auch wenn außer Frage steht, dass solche Angebote zu einem wirksamen Wettbewerb gehören, muss

beachtet werden, dass unterschiedliche Bündel auch entsprechend unterschiedliche Nutzungsintensitäten und damit unterschiedliche Kostenstrukturen haben.

Gerne stehen wir für eine weitere Diskussion der in der Konsultation und unsere Stellungnahme aufgeworfenen Fragen zur Verfügung, zumal – wie dargelegt – eine angemessene Lösung nur im Rahmen einer weiter gefassten Überlegung über die Grundpfeiler einer investitionsfreundlichen zukünftigen TK-Marktregulierung gefunden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolf Osthaus
SVP Regulatory & Public Policy
Mitglied der Geschäftsleitung